



Demonstranten in Madrid: „Wir sind nicht gegen das System, das System ist gegen uns“

SUSANA VERA / REUTERS

# Die Eurofighter

Europa wackelt finanztechnisch, als historisches Projekt ist es schon bankrott. Die Bürger, besonders die jungen, wissen mit ihrer Union nichts mehr anzufangen, sie sind bestürzt darüber, was die Regierungen mit ihrem Geld veranstalten – und gehen zu Millionen auf die Straße.

Wenn man den Griechen Kostas Decoumes, 24 Jahre alt, nach Europa fragt, beginnt er, auf Angela Merkel zu schimpfen. Wenn man den Spanier Oleguer Sagarra, 25 Jahre alt, fragt, dann ist Europa die letzte Chance auf Arbeit. Wenn man den Iren Karl Gill, 21 Jahre alt, fragt, dann schimpft er auf die Banken.

Wer Jacques Delors fragt, 85 Jahre alt, hört Sätze wie „Europa braucht Pioniergeist“ und Fragen wie „Wollen die Frauen und Männer dieser Epoche wirklich dieses Europa?“. Delors war, zusammen mit François Mitterrand und Helmut Kohl, einer der treibenden Männer der Europäischen Union, unter seiner Führung als Kommissionspräsident kamen Verträge

zustande, die heute nicht mehr auszuhandeln wären. Delors steht für eine Zeit, in der Europa die Phantasie der Staatsmänner beflügelte. Das Ziel: Frieden in Europa, und deshalb Wohlstand auch für die armen Länder Europas – Arbeit, Bildung, Gerechtigkeit. Europa war ein Versprechen. Wenn Kostas Decoumes, Oleguer Sagarra, Karl Gill und Hunderttausende in diesen Wochen auf die Plätze europäischer Städte ziehen, dann klagen sie dieses Versprechen ein. Europa – so sehen sie es – ist dabei, sie arm zu machen. Sie melden sich zu Wort, üben Druck aus auf ihre Regierungen, so wie die Finanzmärkte Druck ausüben.

Wenn sich Delors, ein vornehmer Herr mit weichem Gesicht, Gedanken macht

über die Währungsunion, die in diesen Monaten dasteht wie ein Kartenhaus kurz vor dem entscheidenden Windstoß, redet er über Schuldenkrisen einzelner Staaten, er sagt, dass die Märkte die Union testen, „weil sie der Überzeugung sind, dass sie nicht handlungsfähig ist“. Das alles sei sehr besorgniserregend, sagt Delors. Aber es sei nicht der wahre Grund für das Ausmaß der Krise.

„Wir reden über den Zeitgeist, nicht wahr, über den ‚mood‘?“, sagt Delors. Und damit meint er, dass sich in Europa heute zwei Krisen gleichzeitig abspielen. Da ist, zum einen, die Schuldenkrise einzelner Staaten. Die zweite Krise, und sie ist die gefährlichere, ist eine Sinnkrise, die sich in die Frage kleiden lässt, ob die



XAVIER CERVEIRA / PANOS PICTURES / DER SPIEGEL

ERNST SCHADE / DER SPIEGEL

**Aktivisten Sagarra in Barcelona, Gil in Lissabon: „Rette sich, wer kann“**

Europäer – die Bürger und ihre politischen Eliten – das historische Projekt der Union überhaupt noch wollen.

Wer dieser Frage nachspürt und dort hingeht, wo sich Europa regt, wo gekämpft wird um seine Zukunft, auch wenn es vielleicht nur die eigene Zukunft ist, der landet in Barcelona, Dublin, Athen, Lyon oder Lissabon bei rebellischen Menschen, die voller Zorn sind, nicht unbedingt voller Hoffnung.

Der Spanier Oleguer Sagarra ist kein Revolutionär, er ist ein gewissenhafter junger Mann mit einer auffälligen Heiner-Müller-Brille. Er hat in Montreal und Sydney gelebt, spricht fließend Französisch und Englisch und beschäftigt sich mit komplexen Datenanalysen. So einer wie er, dachte Sagarra immer, denkt nicht an Demos. So ein Mann arbeitet.

Sagarra sitzt auf einem großen Stein, am Fuß des westlichen der beiden Zwillingbrunnen an der Plaça de Catalunya in Barcelona. Hinter ihm erstreckt sich eine kleine Zeltstadt. Vor den Zelten sitzen junge Menschen, sie unterhalten sich, einige liegen in der Sonne, andere malen Protestplakate oder baden in einem der Brunnen. Im Zentrum sind Info-Stände aus zusammengezwimmerten Brettern, auch Sagarra hat hier übernachtet. Er, der Naturwissenschaftler, schlief auf der

Straße, der Sohn von Ferran Sagarra, dem Dekan der Architekturschule Barcelonas.

In etwa einer Stunde, kurz bevor es dunkel wird, werden sich wieder Tausende versammeln und auf Kochtöpfe einschlagen, so wie die Argentinier in den Neunzigern bei deren Wirtschaftskrise, kurz vor dem Staatsbankrott.

Spanien durchlebt derzeit die schlimmste Krise, seit es eine Demokratie ist. Seit Wochen belagern Tausende Jugendliche in vielen spanischen Städten die zentralen

„Wir sind so gut ausgebildet wie noch keine Generation, dann schickt man uns weg – ist das Europa?“

Plätze. Wenn Sagarra die Stimmung in seiner Generation beschreiben soll, dann fasst er sie in einem Satz zusammen: „Rette sich, wer kann.“ 44 Prozent aller Jugendlichen sind arbeitslos.

„Vor über einem Jahr bin ich fertig geworden“, erzählt Sagarra, „wir waren über 50, die das Physikstudium hier in Barcelona beendet haben. Arbeit hat einer gefunden. Einer von über 50. Ich spreche mehrere Sprachen, bin Physiker und wohne in meinem Kinderzimmer.“

Aus Sagarra's Physikerjahrgang sind einige in die Niederlande, einige nach Deutschland gegangen, um zu promovieren. Für sie ist Europa ein Ort, der Arbeit verspricht. Europa als Idee stellt Sagarra nicht in Frage. Europa ist nicht der Feind. „Es wäre viel erreicht, wenn die Politik nicht den Wirtschaftslobbyisten und den Partikularinteressen dienen würde, sondern dem Volk.“

Die Forderungen der Jugendlichen sind bescheiden. Sie möchten mehr Bürgerbeteiligung, eine Reform des Wahlrechts, die Macht der Banken beschränken. Auf einem der Plakate steht: „Wir sind nicht gegen das System, das System ist gegen uns.“

Das System, das sind die Banken, die im Vertrauen auf staatliche Rückendeckung spekulieren, und das sind die Staaten, die sich verschuldet haben, um die Banken zu retten. Besonders jene Staaten, die PIGS genannt werden, Portugal, Irland, Griechenland, Spanien. Wer die Nachrichten über sie nur flüchtig verfolgt, muss zu dem Schluss kommen, dass an ihren Staatsschulden das Schicksal Europas hängt wie an einem dünnen Faden. Zwischen den internationalen Finanzmärkten und den jungen Bürgern Europas gibt es ein überraschendes, einigendes Band: Beide misstrauen

dem europäischen Projekt, seinen Institutionen, seinen Führern, seiner Währung.

In aller Härte ließe sich sagen, dass die EU heute, in der Wahrnehmung der allermeisten Bürger von Estland bis Portugal und von Finnland bis Griechenland, ein Ding geworden ist ungefähr wie Franz Kafkas „Schloss“. Weniger finster vielleicht, aber gleichermaßen geheimnisvoll. Irgendwie omnipräsent, aber konkret kaum je fassbar. Eine bedrückende Macht ohne Gesicht, die entscheidet, wer arm wird oder reich.

Das Paradox besteht darin, dass es im Heute viel mehr von diesem ungeliebten Europa brauchte, um die Krisen der Gegenwart und die Herausforderungen der Zukunft zu bestehen.

Portugal ist dafür das beste Beispiel. Das Land ist unter die Räder der globalen Konkurrenz geraten. Noch in den neunziger Jahren war Portugal ein wichtiger Standort der Textilindustrie, die zuerst im Jahr 2001 mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation unter Druck geriet. Danach verlor das Land Investoren, die von 2004 an bevorzugt in den neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten Europas aktiv wurden, die mit niedrigen Steuern und noch niedrigeren Löhnen lockten.

Eine starke EU hätte diesen ungunstigen Wettbewerb nicht verhindern, doch abmildern können. Brüssel hätte versuchen müssen, die Interessen auszubalancieren, man hätte – wenn Europa denn ernst gemeint ist – auch über direkte Hilfen für Portugal nachdenken können, aber nichts dergleichen ist geschehen.

Jetzt überlebt Portugal durch Kredite anderer europäischer Staaten und des IWF. Rettungspaket nennt man das in Deutschland. Portugal sei unter dem „europäischen Rettungsschirm“, schreiben die Zeitungen.

Wenn in Lissabon Paula Gil, 27 Jahre alt, das in der Zeitung liest, kann sie damit nichts anfangen. Rettung? Sie hat das Gefühl, das viele Portugiesen haben: Ihr Land wird nicht gerettet, sondern übernommen. Durch eine fremde Macht. Durch Europa.

„Wir bekommen keine Hilfe. Wir bekommen Kredite“, sagt sie leise. „Aber bekämpft man Schulden, indem man sich noch mehr verschuldet?“ Leute hätten jetzt Einfluss auf ihr Land, auf ihre Zukunft, die sie nie gewählt habe, sagt Paula Gil. Manager des IWF. Irgendwelche Rating-Agenturen. Oder Angela Merkel, eine deutsche Kanzlerin.

Paula Gil, klein, mädchenhaft, hat Internationale Beziehungen in Großbritannien studiert, sie hat einen Master-Abschluss und spricht fließend Englisch. Zurzeit macht Paula Gil ein Praktikum bei einer NGO. Sie weiß nicht, das wieviele Praktikum ihres Lebens das ist. Es wird bezahlt, immerhin. Damit sei sie privilegiert, sagt Paula. 750 Euro bekommt sie im Monat für den Vollzeitjob. 300 Euro kostet das WG-Zimmer, in dem sie sitzt. Sie hat keine Krankenversicherung, keine Arbeitslosenversicherung, und am 31. Dezember läuft ihr Vertrag aus.

## JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

in den Euro-Ländern

Quote bei den 15- bis 24-Jährigen, in %

|              |      |
|--------------|------|
| Niederlande  | 6,9  |
| Deutschland  | 7,9  |
| Österreich   | 8,7  |
| Malta        | 10,8 |
| Slowenien    | 13,6 |
| Luxemburg    | 16,1 |
| Frankreich   | 20,3 |
| Zypern       | 20,3 |
| Estland      | 20,4 |
| Finnland     | 20,9 |
| Belgien      | 21,0 |
| Portugal     | 27,4 |
| Italien      | 28,5 |
| Irland       | 31,3 |
| Slowakei     | 35,6 |
| Griechenland | 36,1 |
| Spanien      | 44,4 |

● Malta  
● Zypern

Quelle: Eurostat, Stand: April 2011  
saisonbereinigt, Zypern, Slowenien,  
Estland: März 2011,  
Griechenland: Dezember 2010

DER SPIEGEL

Ähnlich ist die Lage vieler junger Portugiesen, 27 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos.

Sie erwarte keinen Job für die Ewigkeit oder viel Geld, sagt Paula. Aber so etwas wie Würde, Rechte. Eine Krankenversicherung, eine Arbeitslosenversicherung, einen Vertrag, der nicht von einem Tag auf den nächsten gekündigt werden kann. Manchmal, sagt Paula, hat sie Angst, irgendwann das Schicksal ihrer Mutter zu teilen. Die ist 47 Jahre alt und arbeitslos. „Am Anfang bekommt man in Portugal befristete Jobs. Weil man jung ist. Ab Mitte vierzig bekommt man gar keine Jobs. Weil man alt ist.“

Paula hat sich nach der Uni oft beworben. Auch in Frankreich, in Spanien, in Großbritannien. Ohne Erfolg. Sie sagt, sie würde sogar nach Angola gehen, die alte Kolonie, und gleichzeitig findet sie es widersinnig, dass die einzige Möglichkeit, irgendwo anzukommen, für sie darin bestehen soll wegzugehen. „Man kann doch nicht erwarten, dass eine ganze Generation emigriert. Das Land hat viel in Bildung investiert, wir sind so gut ausgebildet wie noch keine Generation. Und dann schickt man uns weg? Ist das Europa?“, sagt Paula.

Sie habe die europäische Idee immer gemocht. Jetzt habe sie das Gefühl, dass

es gar keine europäische Idee gibt. Und keine Identität. Nur europäisches Geld und eine europäische Wirtschaft, beherrscht vom reichen Norden, von Ländern wie Deutschland. „Mein Gefühl von Europa ist, dass ich eine Europäerin zweiter Klasse bin“, sagt Paula Gil.

Aber wer ist verantwortlich für Portugals Schulden? Wer soll die Probleme lösen?

Paula Gil zieht die Schultern hoch. Über die Frage zerbrechen sich ganze Regierungen den Kopf. Wie soll sie das wissen? Eine 27-jährige Praktikantin, die eher zufällig in eine Protest-Geschichte geraten ist. Für den 12. März hatten Paula und ihre Freunde über Facebook zu einer Demonstration aufgerufen. Die Idee war zuvor am Kneipentisch entstanden. Niemand besaß große Erfahrung. Sie hofften auf ein paar tausend Teilnehmer.

Es kamen über 300 000. An diesem Tag protestierte Portugals Jugend in mehreren Städten des Landes. Der Frust einer ganzen Generation wurde sichtbar. „Es ging eigentlich nur um eine Sache“, sagt Paula, „eine Perspektive.“

Wahrscheinlich werden sie in Portugal nie so wütend werden wie in Griechenland oder Spanien. „Das ist nicht unsere Art“, sagt Paula Gil. „Wir sind das einzige Land auf der Welt, das eine Revolution mit Blumen machte. Mit Nelken.“

Vor einigen Wochen traf sich Paula Gil mit alten Kämpfern der portugiesischen Revolution von 1974. Die ehemaligen Armeeoffiziere haben ein Büro in Lissabon und noch immer einigen Einfluss in der Gesellschaft. Jetzt lernten sie Paula Gil und die „geração a rásca“ kennen – die Generation in der Klemme. „Einer der alten Offiziere sagte zu mir: Unsere Revolution damals war einfach. Wir hatten einen Feind. Die portugiesische Regierung. Die Diktatur. Aber gegen wen kämpft ihr?“

Tja. Schwer zu sagen. Gegen die Krise? Gegen die Banken? Europa? Den Kapitalismus? So abstrakt wie die portugiesischen Schulden, eine Zahl mit vielen Nullen. Kann man gegen Schulden protestieren? Gegen Zahlen revoltieren?

Paula sagt, sie sei nicht gegen die Politiker, die Demokratie, Europa, die Banken. Nicht gegen das System – den beliebtesten Gegner aller Rebellen. Paula Gil will einfach eine Chance. Mitmachen dürfen. Arbeiten gehen. Das ist alles. Das ist ihr Traum von Europa.

In ganz Europa hat sich die Jugend verabredet zu einer gemeinsamen Akti-

on. „One Voice“, sagt Paula und drückt die letzte Selbstgedrehte in den Aschenbecher. Es klingt fast wie die Idee für ein Europa, das man einst bauen wollte. Und das man dann nie baute.

Nicht nur junge Europäer haben die Verbindung verloren zu den Ideen der europäischen Gründerväter, sie leben selbstverständlich mit den Errungenschaften der Gemeinschaft, aber sie finden keine neuen Argumente dafür, warum diese Union weitergeführt, ausgeweitet, ausgebaut oder vertieft werden sollte. Die Losung „Nie wieder Krieg!“, die am Beginn des europäischen Einigungsprozesses stand, ist eine leere Formel geworden, weil dieser Auftrag erfüllt ist.

Es ist auch der Zustand Europas, der Franzosen wie Julien Boyer jeden Abend um 19 Uhr in Lyon auf den Place Bellecour treibt. „Die freie Republik“ steht auf ihrem Banner, „Empören wir uns!“ steht da, und „Es sind unsere Banken!“ und „Democratie 2.0“. Und, etwas kleiner: „Es gibt auch Nichtraucher hier.“

Sie demonstrieren nicht. Sie sind ein Stück weiter. „Wer nur demonstriert, klagt an und überlässt dem Staat die Suche nach der Lösung.“ Julien Boyer sagt das, ein junger Mann von 30 Jahren, er trägt Hemd mit Jackett und das Haar nach hinten gebürstet, er könnte ein aufstrebender Angestellter sein, aber das täuscht. Die seriösen Sachen trägt er, weil er gerade Handzettel an die Bürger Lyons verteilt hat, subversiv gewissermaßen, er wollte nicht wie ein Weltveränderer aussehen. Ein Angestellter, das war er mal, studierter Ingenieur mit befristeten Jobs als technischer Verkaufsberater und einem Unbehagen an der Welt, doch das Unbehagen blieb im Internet, in Blogs, auf Facebook, jahrelang. Aber jetzt ist alles anders, wieso, Julien?

„Weil es so weit ist.“

Es ist so weit, dass die Schrift des 93-jährigen Franzosen Stéphane Hessel, nachdem sie in Spanien gezündet hat, auf Frankreich zurückwirkt: Empört Euch! „Indignez-vous!“

Es ist so weit, dass Julien, ehemals Ingenieur, jetzt freischaffender Webdesigner und Betreuer der Seite <http://lyon.reelledemocratie.com>, jeden Abend bei den Empörten auf der Place Bellecour zu finden ist, mit 20, 200, 300 Menschen, je nach Wetterlage. Es ist die „Anmaßung des Selberdenkens“, in Rouen, Angers,



Protestler Boyer in Lyon: „Es sind unsere Banken“

Lille, Montpellier, die Julien Boyer so gefällt.

Sie sitzen zu Füßen der Statue von Louis XIV. und halten „Assemblée générale“, Generalversammlung, und sprechen ins Mikrofon, was ihnen wichtig ist: Solidarität mit den Empörten in Spanien! In Belgien! Griechenland! Soll man den Alkohol bei der Versammlung verbieten? Was tun wir gegen Plastikmüll? Wie kann

„Wer nur demonstriert, klagt nur an und überlässt dem Staat die Suche nach der Lösung.“

eine Gesellschaft aussehen, in der jeder richtige, bezahlte Arbeit findet? Wer bringt morgen etwas zum Abendessen mit?

Sie reden. Mit einem Furor manchmal, als gälte es, einen Kolonisateur oder Diktator abzuschütteln, immer wieder taucht das Wort Demokratie auf, doch sie wissen sehr wohl, dass sie eine haben, nur nicht diejenige, die sie wollen.

Es ist jetzt dunkel, 22 Uhr vorbei, und während die Arbeitsgruppe Demokratie sehr ernst die ökologische Krise, die Macht der Lobbys und der Banken und die Schwächen der repräsentativen De-

mokratie bespricht, ist eine andere Arbeitsgruppe in der Fußgängerzone der Rue Victor Hugo unterwegs, sie macht Lichter aus. Die Jugendlichen haben entdeckt, wie man Leuchtreklame abschalten kann. Sie hinterlassen Handzettel und rosa Kreideparolen, am Schuhgeschäft, am Reisebüro, am Pasta-Laden: klick. Zu viel Licht nachts auf der Welt, Stromsparen hilft gegen Atomkraftwerke. Klick. Zu viel Licht auf der Welt, die Glühwürmchen sterben aus. Klick.

Julien Boyer, ein Franzose, ein Europäer wie Millionen andere. Spricht von Dezentralisierung, Bürgerbeteiligung, bloß keine Parteien, er will direkte Demokratie, Politik von unten, ein Europa von unten, das ist es.

Europa, das Wort an sich hat einen guten Klang, die EU lässt Länder zusammenwachsen, das gefällt Boyer grundsätzlich, aber wie sie das tun, gefällt ihm nicht. Das Europa, das es jetzt gibt, zeigt sich ihm als das Gegenteil der direkten Demokratie. Entscheidungen fallen in Gremien, die schwer zu durchschauen und noch schwerer zu beeinflussen sind.

Ob es zu zähmen ist, dieses Europa, mit mehr Volksabstimmungen, mehr Bürgerbeteiligung, Julien Boyer kann es nicht sagen, wie auch. Aber das jedenfalls ist die Hoffnung vieler, die sich auf Plätzen treffen und auf Facebook vernetzen, das ist die Hoffnung auf [reelledemocratie.fr](http://reelledemocratie.fr).

Die wirkliche Demokratie. Ein großes Wort, er weiß es. Ist die Welt da draußen erreichbar dafür? In Lyon? In Frankreich? In Europa?

Bis dahin dreht sich die Schraube der Verschuldung weiter, die in der Welt der vernetzten Märkte funktioniert fast wie ein Naturgesetz: Die Gläubiger verlieren das Vertrauen in die Schuldner. Die Rating-Agenturen, nach der Weltfinanzkrise dafür gescholten, viel zu lax gewesen zu sein, tun jetzt ihre Arbeit wie gefordert und stufen die Kreditwürdigkeit der Länder mit guten Argumenten herab. Daraufhin verlangen die Investoren höhere Zinsen als Prämie für ihre Risikobereitschaft und um mögliche Zahlungsausfälle schon im Vorfeld abzufedern. Die hohen Zinsen wiederum lassen die Schuldenlast der bedrängten Staaten anwachsen. Und es wirkt, als säßen sie in einer Falle, aus der es kein Entrinnen gibt, die Griechen wissen, wie sich das anfühlt.

Seit zweieinhalb Wochen geht Kostas Decoumes jeden Abend auf den Syn-

tagma-Platz, den Tahrir-Platz der Griechen. „500 000 waren wir am Sonntag“, glaubt Kostas, „eine halbe Million Menschen.“ Kostas sagt, dass er kein Linker sei und auch kein Rechter. Dass ihn Politik eigentlich nicht interessiere.

Kostas Decoumes ist 24, er trägt Flip-Flops, ein schwarzes T-Shirt, Piercings, Tattoos, einen Vollbart. Es gibt viele Dinge, die ihm bisher wichtiger waren als Demonstrationen. Rockmusik, Motorräder, die er auch repariert in der Werkstatt seines Vaters.

Kostas' Eltern wählen die Sozialdemokraten, sie erklärten es ihm immer, wenn er etwas wissen wollte über Politik. Aber er wollte selten etwas wissen. Jetzt ruft er jeden Tag Freunde an und sagt ihnen, dass sie mitkommen sollen zum Platz.

Kostas spricht von Freiheit, von Angela Merkel und dem Weltwährungsfonds. Er steht auf dem Balkon der Wohnung seiner Eltern, bei denen er noch wohnt, und bläst den Rauch seiner Zigarette hoch hinaus in den Athener Himmel.

Kostas' Mutter arbeitet als Buchhalterin und hat ihre Arbeit noch. Aber Kos-

## Über seiner Regierung gibt es noch eine Regierung, und darüber thront Angela Merkel.

tas' Vater, der seit 20 Jahren Motorräder repariert, musste vor kurzem drei seiner Angestellten entlassen. Seinen Sohn Kostas hat er nicht entlassen, aber den Lohn gekürzt. Und darum kann Kostas nur noch einen kleinen Motorroller fahren, keine große Maschine mehr. Sein erstes Motorrad kaufte er mit 17, eine Aprilia RS 125, ein Street-Bike. Er verkaufte es, um ein besseres zu haben, so ging es weiter, bis er vor einigen Monaten sein fünftes Motorrad bei einem Unfall verlor. Danach reichte es nur zum kleinen Roller. Das ist für ihn die große Krise, der wahre Crash.

Seine Großeltern, sagt Kostas, arbeiteten als Gastarbeiter in einer Fabrik bei Düsseldorf, sie waren arm, sie arbeiteten hart, aber als sie zurückkehrten, ging es ihren Kindern, Kostas' Eltern, besser. Für sie ging es immer bergauf, für ihn geht es nur noch bergab.

Kostas sagt, er wisse, dass es eigentlich keine Lösung gebe für Griechenland. Die Schulden seines Landes sind längst so hoch, dass er die Summe nicht mehr versteht. Der Bankrott wird kommen. Aber wenn er kommt, dann möchte er wenigstens ein stolzer Grieche bleiben. Keiner, der mit einem Roller durch die Stadt fahren muss.

Und nicht abhängig sein von der Regierung, „von den Arschlöchern, die ich selbst noch gewählt habe“, sagt er, nicht

von Europa, nicht von Angela Merkel, die für ihn das Gesicht des Bösen ist. Das ist sein Bild von Europa: Über seiner Regierung gibt es noch eine Regierung, die noch schlimmer ist als die griechische, und über dieser Regierung thront Angela Merkel, und die ist die Schlimmste.

Dabei hätten die Griechen den Deutschen doch ihre Waschmaschinen abgekauft, die Autos, die Ampelanlagen. Kostas sagt, es gehe den Deutschen nur so gut, weil es die Griechen gebe. „Jetzt betreiben sie das nächste Geschäft mit uns.“

Es geht für Kostas, der lieber zu Fuß geht, als auf einem Scooter gesehen zu werden, vor allem um eins: um seine Würde. Er will sich nicht fühlen wie einer der Deppen von Europa.

Es ist Abend geworden, und Kostas tauscht seine Flip-Flops gegen seine Nike-Turnschuhe, nimmt den Rucksack, die Kamera, holt mit dem Auto seiner Eltern seinen Freund Psi ab, einen Studenten.

Sie rauchen im Wagen, reden nicht viel, an den Laternen kleben Plakate, „Όχι!“ steht darauf geschrieben, „Nein!“ zum Ausverkauf. „Wir besitzen nichts, wir verkaufen nichts, wir zahlen nichts!“ Die ganze Stadt ist vollgeklebt mit diesem Wort in roter Schrift. Ein Dagegenvolk.

„Όχι!“, das war früher schon einmal das Zeichen gegen Mussolinis Besatzer.

Die Organisatoren der Protestaktion halten über Skype Kontakt zu anderen Ländern, zu jungen Leuten in Spanien, Frankreich, Portugal. Die Spanier bedrängen die Griechen und sagen, sie sollen noch ein Stück weiter gehen. Bei ihnen sei es doch am schlimmsten, bei ihnen könnte das Experiment doch starten.

Welches Experiment?

Das sagen sie nicht. Aber sie erzählen Geschichten von Menschen, die lange arm waren und immer friedlich, und die, als sich nichts änderte, nicht mehr friedlich blieben.

Kommende Woche, am 28. Juni, stimmt das Parlament über das nächste große Sparprogramm ab. Für den Vorabend sind wieder große Proteste geplant wie Ende Mai. Es sollen mehr Menschen werden als je zuvor. Όχι!

Den rebellierenden Griechen werden gern die friedlichen Iren gegenübergestellt, sie müssen denselben Spagat hinbekommen, einerseits sparen, andererseits für Wachstum sorgen. In Irland hätte, wie in Portugal, ein Mehr an Europa Schlimmeres verhindern können. Die Insel hat sich – bis heute geduldet von der Union – höchst unsolidarisch als Steueroase aufgestellt und Unsummen ausländischen Kapitals ins Land gesogen. Die Banken wurden kaum kontrolliert, ihre Chefs waren als die besten Amigos der Regierung bekannt, und als die Achterbahnfahrt der Weltwirtschaftskrise Irland mitriss, erklärte sich der kleine Staat bereit, 440 Milliarden Euro Verbindlich-



Kritiker Decoumes, Polizeieinsatz in Athen: Er will



NIKOS PILOS / DER SPIEGEL



PASCAL ROSSIGNOL / REUTERS

sich nicht fühlen wie einer der Deppen Europas

keiten seiner Banken zu garantieren – eine Summe mehr als doppelt so hoch wie die damalige irische Wirtschaftsleistung. Hätte die EU den Mumm gehabt, wenigstens den Versuch zu machen, Irlands Niedrigsteuerepolitik schon vor Jahren zu unterbinden, und hätte Brüssel die Macht gehabt, schärfere Bankenkontrollen zu erzwingen, wäre es dazu nicht gekommen.

Abends in Dublin, im Porterhouse-Pub, ein Banker und ein junger Ire im Streit. Der Ire stapelt den Tag über Getränkekästen, hat einen Stapel mit Taschenbüchern vor sich, „Marx heute“ ist der Titel. „Sag mal“, sagt der Banker, Anfang vierzig, grauer Anzug, Manschettenknöpfe, und deutet auf die Bücher, „wie wollt ihr Iren eigentlich aus der Scheiße herauskommen – etwa mit Marx, etwa mit Theorien aus dem 19. Jahrhundert?“

„Zumindest haben uns diese Theorien nicht in die Scheiße hineinmanövriert.“

Daran hat der Mann einen Moment zu kauen. Dann streckt er die Hand vor. „Ich heiße Johan“, sagt er, „ich bin Holländer, und ich bin stinksauer.“

„Ich heiße Karl, bin Ire“, sagt Karl freundlich. „Und ich bin auch stinksauer.“

Karl Gill: rote Haare, rundes Gesicht, runder Bauch, roter Bart. Geboren in Dublin, viertes von vier Kindern, Mutter gelernte Schneiderin, jetzt Hausfrau. Der Vater arbeitete früher bei einer Telefongesellschaft, ist jetzt Hausmeister an einer Schule, an der Scoil Lorcáin. Karl wohnt noch bei seinen Eltern, ein winziges Reihnhaus im wenige Kilometer entfernten Dún Laoghaire, an eine eigene Wohnung ist nicht zu denken. Er ist 21 Jahre alt, wirkt aber älter, reifer. Studiert Soziologie und Politik, ist seit drei Jahren Mitglied bei der „Socialist Workers Party“ und so etwas wie eine linke Nachwuchshoffnung. Er soll ins City Council gewählt werden, dann ins Parlament.

„Warum, Johan“, sagt er, „bist du so sauer auf uns Iren?“

„Weil ich es ungerecht finde, dass Länder, die ihren Haushalt in Ordnung hielten, die Niederlande beispielsweise, für andere blechen, die über ihre Verhältnisse lebten. Der Protest, die linke Empörung, das ist oft nur Qualm, um dreiste Forderungen zu verhüllen. Warum soll ein holländischer Arbeiter für einen griechischen Protestler zahlen, der nichts erwirtschaftet, der zu Europa nichts beiträgt?“

„Good Point, ein gutes Argument“, sagt Karl. „Allerdings darf man nicht außer Acht lassen, dass es nicht die Länder waren, die über ihre Verhältnisse lebten und vom Boom profitierten, sondern immer nur einzelne Klassen innerhalb der Gesellschaft ...“

„Pah, Klassen!“

„Okay, dann einzelne Gruppierungen. Während andere Gruppen nicht profitier-

ten, oder kaum, und jedenfalls überhaupt keine Entscheidungsgewalt hatten. Und in Irland sollen die, die an dem Schlamassel unschuldig sind, die Rechnung zahlen? Findest du das fair? Ich nicht. Deshalb wehre ich mich.“

„Was ist mit den spanischen Müttern?“, sagt der Holländer. Es klingt gereizt.

„Wie bitte?“

„Die spanischen Mütter! Ich habe neulich eine Studie oder einen Artikel gelesen. Sie schicken ihre Kinder lieber in so eine Fußballschule, lassen sie dribbeln lernen, weil sie für ihren Sohn von einer Karriere als Stürmer träumen, statt ihn was Vernünftiges lernen zu lassen. Ein Handwerk oder Mathematik oder Sprachen. Stattdessen: Fußball! Das soll Europa sein? Sollen wir auf dem Weltmarkt bestehen, indem wir uns gegenseitig beim Fußball zusehen? Und dafür sollen wir zahlen?“

„Also ist es ein kulturelles Problem?“

„Absolut“, sagt der Holländer.

Sie werfen sich die Sätze zu wie zwei Schauspieler in einem Revolutionsdrama.

„Nimm mich als Beispiel, Johan. Ich bin Student. Nur weil ich zufällig Ire bin, soll ich die Staatsverschuldung mittragen, habe ich plötzlich zigtausend Euro Schulden? Was ist mit den Rentnern, deren Altersversorgung man kürzt? Den Studenten, die keine reichen Eltern haben? Wir sollen jetzt sparen für eine Party, zu der wir niemals eingeladen waren.“

„Irgendwo muss man anfangen“, sagt der Holländer.

„Stimmt“, Karl zählt die Punkte an den Fingern ab, „wir müssen anfangen, das Steuersystem zu reformieren. Die großen Unternehmen, die man mit niedrigen Steuersätzen hergelockt hat, müssen jetzt mehr zahlen. Übrigens, was bist du von Beruf, Johan?“

„Banker, äh, Consultant“, sagt der Holländer.

„Für wen?“

„Sag ich nicht.“

„Oh.“ Karl greift zum Glas, trinkt, setzt es leer ab.

„Ich glaube, ich muss jetzt los“, sagt Johan.

Sind Karl Gill, Kostas Decoumes, Julien Boyer, Paula Gil und Oleguer Sagarra überzeugte Europäer?

Nein, sie wollen nicht viel mehr als das Leben anderer junger Europäer. Oleguer Sagarra will als Ingenieur arbeiten, ir-



Irischer Aktivist Gill: „Plötzlich zigtausend Euro Schulden“

gendwo in Europa. Paula Gil will keine Europäerin zweiter Klasse sein, nicht in einer Kolonie des IWF leben. Julien Boyer möchte ein demokratisches Europa, kein Behördeneuropa. Kostas Decoumes will wieder ein richtiges Motorrad, das ist seine Idee von Europa. Und Karl Gill will ein Steuersystem wie in anderen europäischen Ländern, ein Steuersystem, das die Reichen ärmer macht und den Staat reicher, also alles ein wenig sozialistischer.

„Die spanischen Mütter schicken ihre Kinder lieber in eine Fußballschule, statt sie Mathematik lernen zu lassen.“

Das klingt nicht nach Jacques Delors, nicht nach dem Europa der Staatsmänner, nicht nach François Mitterrand und Helmut Kohl.

Die Völker Europas haben deren Treiben wohlwollend zugesehen, die Vorteile genossen.

Nun, wo es ungemütlich wird und vielleicht teuer, wird die europäische Idee neu geprüft, gerade von denen, deren Zukunft von dieser Idee bestimmt wird wie nie zuvor.

Und sie, die sich bisher kaum für diese Kommission, dieses Bürokratie interessierten, weil sie davon ausgingen, dass sie sich dafür nicht interessieren sollten, lesen nun jeden Tag, dass die europäischen Staatsmänner mit der europäischen Idee seltsame Dinge veranstaltet haben: ihre eigenen Vorschriften hintergangen, Statistiken gefälscht, Versprechungen gebrochen zum Beispiel. Sie sind verantwortlich für eine beachtliche Reihe von Regelverstößen und Unwahrheiten. Kann man den Europäern, die in den letzten Monaten mehr über Europa erfahren, als sie wissen wollten, verdenken, dass sie – um es vorsichtig zu sagen – verstört sind über das, was die Regierungen in ihrem Namen und mit ihrem Geld veranstaltet haben?

Gerade die jungen Europäer aus Lissabon, Barcelona, Lyon, Dublin, Athen und sonstwo – das ist das Paradoxe – brauchen eine starke Union. Eine Union, die die Arbeit neu verteilt in Europa; die Banken und Spekulanten anders kontrolliert, als es nationale Regierungen können; die den Umgang mit Atomkraft

und Atom Müll und die Energiewende europäisch regelt; die den Klimaschutz der Länder koordiniert. Kurzum: Sie brauchen eine Union, die nicht mehr lebt, weil politische Romantiker aus der Nachkriegsgeneration sie am Leben halten wollen, sondern die lebt, weil die Europäer von morgen sie als ihre große Chance begreifen.

Aber vielleicht ist das ganze historische Projekt auch vollendet: Die europäische Idee hat es ermöglicht, den zerstörten Kontinent nach dem Krieg zu versöhnen und wieder auf ein Gleis zu setzen. Europa hat beim Überwintern in der Zeit des Kalten Kriegs geholfen. Die Union hat es vermocht, bei der Abwicklung des Mauerfalls zu helfen und die schlimmsten Wunden der Ost-West-Teilung zu heilen. Mit den beiden Wellen der Osterweiterung 2004 und 2007 hat sie dazu beigetragen, dem lange künstlich gespaltenen Kontinent wieder eine gemeinsame Form zu geben. Man wird noch die Balkanländer heimführen müssen nach Europa, die Ukraine vielleicht, wer weiß, die Türkei wohl eher nicht. Aber jetzt steht die Frage im Raum: Erkennen die Europäer, wofür sie Europa brauchen?

ULLRICH FICHTNER,  
JOCHEN-MARTIN GUTSCH,  
BARBARA HARDINGHAUS, RALF HOPPE,  
JUAN MORENO, BARBARA SUPP